

Der 109. Deutsche Ärztetag u. seine Machtansprüche

Newsletter-klein-klein-verlag vom 28.06.2006

Susanne Brix

Die Forderungen der Ärzteschaft nach deutlich mehr Geld sowie nach einer Impfpflicht!

Wir haben ein Krankenkassensystem, aus dem die wenigsten Menschen entfliehen können, das von den Ärzten nunmehr auch noch in deutlich höherem Umfang wegen angeblich wichtiger Gesundheitsausgaben in Anspruch genommen werden soll, wie auch die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt verlauten ließ: „**Wer Spitzenmedizin will, der muss auch dafür aufkommen.**“

Enteignung in finanzieller Hinsicht

Dies bedeutet höhere Beitragszahlungen für die Versicherten ohne echte Verbesserungen in der medizinischen Versorgung. Dabei sind die Gesundheitsausgaben jetzt schon enorm hoch. Wie hoch genau, das kann man erst ermessen, wenn man die Gesundheitsausgaben einmal den vielbeklagten Kosten für Hartz IV gegenüberstellt.

Die Gesundheitsausgaben allein der gesetzlichen Krankenkassen betragen laut einer Meldung des AOK-Bundesverbandes ca. 145 Mrd. EUR jährlich. Die aktuelle Diskussion um die Gesundheitsreform ergibt, dass zukünftig in Höhe von ca. 16-24 Mrd. EUR Steuererhöhungen erfolgen sollen, um damit Krankheitskosten zu finanzieren, die auf Dauer sicher zusätzlich in das System fließen werden. Was erwartet man, wenn man so ein gefräßiges Monster noch mehr füttert. Das Monster lernt nur noch besser, wie es sich weiter aufblähen kann!

Wenn man daneben die Kosten für das heftig diskutierte Hartz IV laut einer Meldung von heute.de unter Berufung auf die Welt am Sonntag mit nur ca. 30 Mrd. EUR sieht, dann erkennt man, wo die wahren Probleme unseres Landes liegen: Sie liegen in dem geldverschlingenden schulmedizinisch-pharmazeutischen System der Ärzte.

In den Griff bekommen kann man dieses System, das uns alle unserer Finanzmittel beraubt, nur, indem umfassende Eigenverantwortung eingeführt wird. Genau dies wollen die Ärzte aber nicht.. Sie wollen sogar die zarten Ansätze von Eigenverantwortung, die es momentan gibt, wie beispielsweise die Arzneimittelzuzahlungen, möglichst ganz abschaffen (S. 71). Nach dem Willen des Deutschen Ärztetages sollen die Medikamente wieder komplett aus dem Solidartopf bezahlt werden, so dass niemand mehr selber nachdenken muss, ob er die Pharmazeutika wirklich benötigt. Auch soll zukünftig kein Mensch mehr dem Krankenversicherungssystem entfliehen können, alle Bürger sollen verpflichtet werden, darin einzuzahlen. Und um den ärztlichen und pharmazeutischen Gewinn noch weiter zu steigern sowie WHO-Vorgaben zu erfüllen, soll auch das Impfen nicht mehr freiwillig bleiben.

Enteignung in gesundheitlicher Hinsicht

Um die finanziellen Ansprüche der Ärzteschaft zu rechtfertigen, wird der deutsche Ärztetag nicht müde, zu betonen, dass es nur darum gehe, den Menschen die bestmögliche medizinische Versorgung angedeihen zu lassen. **Wo jedoch die bestmögliche medizinische Versorgung sein soll, wenn man ständig gegen die biologischen Naturgesetze verstößt, ist nicht nachzuvollziehen.**

Auf den Seiten 61 - 63 des Beschlussprotokolls wird zudem deutlich, dass die Ärzte zukünftig das deutsche Volk hinsichtlich der Impfungen vergewaltigen wollen. **Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend die Masernimpfung in Deutschland als Pflichtimpfung einzuführen.** Begründet wird dies ausgerechnet mit dem Ethos der deutschen Ärzteschaft. Da es hinsichtlich der Impfungen aber keinerlei Nachweis für eine Schutzwirkung gibt, sondern allein Schäden zu vermehren sind, ist die Forderung der Ärzte ein reiner Willkürakt zum Schaden der Bevölkerung und es ist leicht zu erkennen, wie es um den Ethos der deutschen Ärzteschaft bestellt ist. Dass die deutsche Ärzteschaft keinen Ethos hat, ergibt sich auch sehr deutlich aus dem zweiten Punkt der Magdeburger Impfwangforderungen.

Der Deutsche Ärztetag verlangt von impfkritischen Ärzten explizit, dass sie auch entgegen ihrer persönlichen Überzeugung die Patienten auf die angebliche Notwendigkeit der Impfungen aufmerksam machen müssen und sich auf keinen Fall gegen Impfungen äußern dürfen, ansonsten sollten berufsrechtliche Schritte drohen. Hierbei stützt er sich nicht auf wissenschaftliche Grundlagen, sondern betont ausdrücklich, dass „die vorherrschende Ansicht in den Kreisen der wissenschaftlichen Medizin entscheidend sei.

Die Forderung auf S. 31 nach einem Erhalt der freien Berufsausübung klingt dadurch wie ein Hohn. Wenn nun von Ärzten berufsrechtlich verlangt wird, entgegen ihrer Überzeugung Menschen zu schädlichen Maßnahmen zu raten, was hat das dann noch mit Ethos zu tun und wer will unter diesen Umständen noch Vertrauen zu dieser Ärzteschaft aufbringen? Es ist dringend nötig, dass sich die aufgeklärten Ärzte dieses Verhalten nicht mehr gefallen lassen. Ebenso wie viele andere Menschen können auch Ärzte nach den wissenschaftlichen Grundlagen der Impfungen fragen, die sie nun empfehlen sollen und damit diejenigen, die in ihr ärztliches Handeln eingreifen wollen, aushebeln.

Angesichts der aktuellen Gegebenheiten muss sich niemand mehr wundern, wenn immer mehr Menschen Heilpraktiker aufsuchen, wie auch der Deutsche Ärztetag auf S. 19 eingestanden hat. So nützt es auch nichts, dass der Ärztetag aus diesem Grunde noch mehr Geld aus dem Solidarsystem fordert, denn die Menschen bezahlen die Heilpraktiker ohnehin schon komplett aus eigener Tasche und ziehen dies dennoch einer kostenlosen ärztlichen Konsultation vor.

Wenn die Ärzteschaft ernsthaft ihr Ansehen und ihr Einkommen sichern sowie der Abwanderung der Menschen zu den Heilpraktikern entgegentreten will, dann können sie das nur tun, indem sie umdenken lernen. Oder sollen die finanziellen Daumenschrauben so weit angezogen werden, dass es sich einfach niemand mehr leisten kann, zu einem Heilpraktiker zu gehen? Sollen also die finanziellen Mittel über das Solidarsystem zwangsweise weitgehend von den Heilpraktikern abgezogen und in das ärztliche System gepumpt werden?

Die Ärzteschaft in Sachsen macht noch einen weiteren heftigen Vorstoß gegen die Heilpraktiker und andere medizinische Berufsgruppen. Da die Menschen vermehrt von den Ärzten zu den Heilpraktikern abwandern, will der Sächsische Ärztetag auch dieser Gruppe sowie den Hebammen die ärztlichen Zwänge auferlegen. Er fordert das Landesministerium auf, auch „gegen Angehörige anderer medizinischer Fachberufe, wie Hebammen oder Heilpraktiker vorzugehen, wenn sie sich explizit und wiederholt gegen Schutzimpfungen aussprechen

Wenn also Hebammen und Heilpraktiker nicht auch von den Ärzten mit Zwängen hinsichtlich der vorherrschenden Ärztemeinung belegt werden wollen, dann wäre es dringend erforderlich, dass sie möglichst bald anfangen, sich zu wehren. Eine Frage allerdings sei hier erlaubt:

Aufgrund welcher juristischen Richtlinien glaubt der Deutsche Ärztetag gegenüber den Heilpraktikern weisungsbefugt zu sein?

Man kann es nicht klar genug herausstellen: Die Ärzte gehen, ohne jegliche wissenschaftliche Grundlage, gegen andere medizinische Fachberufe vor und dehnen so ihren Machtbereich aus.

Der dritte Punkt, den der Deutsche Ärztetag im Zusammenhang mit den Impfungen fordert, ist der Erlass von Rechtsbestimmungen durch die zuständigen Länderministerien, dass in Gemeinschaftseinrichtungen, wie Kindergärten und Schulen, nur Kinder aufgenommen werden dürfen, die einen vollständigen Impfstatus dokumentiert vorweisen können. In diesem Zusammenhang musste der Deutsche Ärztetag eine ständig sich verringernde Durchimpfungsrate und eine zunehmende Zahl von Impflücken und Impfgegnern eingestehen.

Diese Tatsache, dass immer mehr Menschen die Nutzlosigkeit und Schädlichkeit der Impfungen erkennen, soll dann als Begründung dafür herhalten, dass den Bürgern nunmehr ein entsprechender Zwang auferlegt wird, die vergiftenden Impfmaßnahmen ohne Nachweis eines Schutzes bei ihren Kindern durchzuführen, wenn sie denn einen Kindergartenplatz für ihr Kind in Anspruch nehmen und später ihr Kind auf die Schule schicken wollen.

Zusätzlich sollen die Krankenkassen aufgefordert werden, auch Malussysteme in Form von Nichtübernahme der Kosten für angeblich impfpräventable Erkrankungen festzuschreiben. Wer also zukünftig an Masern erkrankt, soll nur noch dann einen Anspruch auf kostenlose ärztliche Behandlung haben dürfen, wenn er zuvor dagegen geimpft wurde!

Zusammenfassung

Machtausübung über die Bevölkerung steht auf der Tagesordnung des Deutschen Ärztetages, die sich die Ärzte zudem noch besser vergüten lassen wollen, denn die Ärzte fordern deutlich mehr Geld, das die Bürger in den Solidartopf einzahlen sollen bzw. müssen. Dabei stellen sich die Ärzte unablässig als selbstlos im Dienst der Menschheit dar. Die Frage ist, wie lange wir unseren Finanzen und unserer Gesundheit noch solch eine Ärzteschaft zumuten wollen?

Die Infiltration der STIKO und anderer entscheidender Stellen durch die Pharmaindustrie wurde von klein-klein bereits detailliert offengelegt. Inwieweit auch die entsprechenden Köpfe der Ärzteverbände von der Pharmaindustrie gekauft sind, damit sie die Ärzteschaft für dumm verkaufen und die Pharmaindustrie über dieses Instrumentarium Macht über die Bevölkerung erlangt, lässt sich derzeit nur vermuten.

Fakt ist:

Die Ärzte können kein Masern-Virus vorweisen, fordern aber die Pflichtimpfung gegen Masern.

Wir wollen daher nicht abwarten, ob sich die Bundesregierung und die Regierungen der Länder auf einen von den Ärzten geforderten Impfwang einlassen. Es ist an der Zeit, angesichts der gegenwärtigen Forderungen, den entsprechen-den Stellen erneut vielfach die Beweisfrage z.B. zum Masern-Virus zu stellen.

Jetzt müssen alle aufstehen!

Jeder Einzelne ist hier gefordert, tätig zu werden, um diese Machtforderungen der Ärzte abzuwenden.

In Betracht kommen für die Beweisanfragen insbesondere die Bundesärztekammer, die berufsrechtliche Maßnahmen hinsichtlich impfkritischer Ärzte ergreifen soll, sowie die Bundes- und Landesregierungen, welche die Regelungen hinsichtlich eines Impfwanges umsetzen und eventuell sogar andere medizinische Fachbereiche unter Druck setzen sollen.

Dem ist Einhalt zu gebieten mit der einfachen Frage nach den wissenschaftlichen Grundlagen für die Impfungen. Damit sichern wir die freie Berufsausübung der Hebammen und Heilpraktiker und unterstützen gleichzeitig die verantwortungsvollen, impfkritischen Ärzte.

Vielleicht kommen ja auch die Privatversicherungen auf die Idee, eine reine Unfallversicherung, welche auch die Krankenhaus und Arztkosten übernehmen würde, aber keinen Krankenkassencharakter hat, anzubieten. Denkbar wäre eine Bezahlung von einem Pauschalbetrag je nach der Schwere der Verletzung.

Eine ähnliche Regelung für homöopathische Behandlungen würde von der Bevölkerung sicher auch begrüßt werden. Ein großer Zulauf wäre derartigen Versicherungen ebenso sicher, wie eine große Abwanderung den Gesetzlichen Kassen, zumindest von denen, die sich noch entscheiden dürfen, ob sie sich überhaupt krankenversichern wollen.

Nach einer Veröffentlichung von Prof. Schmitt in der Ärztezeitung Mai 2006 lassen sich mittlerweile 72% der Bürger homöopathisch behandeln.

Dies zeigt, dass die Menschen beginnen, sich bewusst gegen die Schulmedizin zu entscheiden und in vielen Fällen nur noch nach einer passenden Alternative suchen, sich auch in finanzieller Hinsicht aus dem schulmedizinischen Moloch zu befreien. Denn noch gibt es, zumindest für Selbständige, keine Zwangsbestimmung, sich überhaupt zu versichern.

Die klein-klein-aktion geht weiter ihren Weg und treibt die Frage der fehlenden Virusnachweise sowie der Neuen Medizin voran. Beides zieht immer größere Kreise. Es ist abzusehen, dass die deutsche Ärzteschaft mit ihrem Verhalten dem eigenen Ansehen erheblichen Schaden zufügt.

Den Newsletter im pdf-Format finden Sie unter: <http://www.klein-klein-verlag.de/pdf/109.Aerztetag.pdf>